

Gemeinsame Erklärung der BRICS-Außenminister in Kapstadt

1. Die BRICS-Minister für auswärtige Angelegenheiten und internationale Beziehungen sind am 1. Juni 2023 in Kapstadt, Südafrika, zusammengekommen. Sie führten einen **Meinungsaustausch** über wichtige globale und regionale Trends und Themen. Sie bekräftigten ihr Engagement für die Stärkung des Rahmens der BRICS-Zusammenarbeit, basierend auf den drei Säulen der politischen und sicherheitspolitischen, der wirtschaftlichen und finanziellen sowie der kulturellen und zwischenmenschlichen Zusammenarbeit unter Wahrung des BRICS-Geistes, der sich durch gegenseitigen Respekt und Verständnis, Gleichheit, Solidarität, Offenheit, Inklusivität und Konsens auszeichnet.
2. Die Minister bekräftigten ihr **Bekenntnis zur Stärkung des Multilateralismus und zur Wahrung des Völkerrechts**, einschließlich der in der Charta der Vereinten Nationen (VN) als deren unverzichtbarem Eckpfeiler verankerten Ziele und Grundsätze, sowie die zentrale Rolle der VN in einem internationalen System, in dem souveräne Staaten zusammenarbeiten, um Frieden und Sicherheit zu wahren, eine nachhaltige Entwicklung voranzutreiben, die Förderung und den Schutz der Demokratie, der Menschenrechte und der Grundfreiheiten für alle zu gewährleisten und die Zusammenarbeit im Geiste der Solidarität, der gegenseitigen Achtung, der Gerechtigkeit und der Gleichheit zu fördern.
3. Die Minister äußerten sich besorgt über den Einsatz einseitiger Zwangsmaßnahmen, die mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen unvereinbar sind und negative Auswirkungen insbesondere in den Entwicklungsländern haben. Sie bekräftigten ihr Engagement für die Stärkung und **Verbesserung der globalen Steuerung** durch die Förderung eines agileren, effektiveren, effizienteren, repräsentativeren und rechenschaftspflichtigeren internationalen und multilateralen Systems.
4. Die Minister erinnerten an die Resolution 75/1 der Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN) und bekräftigten die Forderung nach **Reformen der wichtigsten Organe der VN**. Sie verpflichteten sich, die Diskussionen über die Reform des UN-Sicherheitsrates (UNSC) mit neuem Leben zu erfüllen und die Arbeit zur Wiederbelebung der Generalversammlung und zur Stärkung des Wirtschafts- und Sozialrates fortzusetzen. Sie erinnerten an das Ergebnisdokument des Weltgipfels von 2005 und bekräftigten die Notwendigkeit einer umfassenden Reform der VN, einschließlich ihres Sicherheitsrates, um sie repräsentativer, effektiver und effizienter zu machen und die Vertretung der Entwicklungsländer zu stärken, damit sie angemessen auf die globalen Herausforderungen reagieren kann. China und Russland bekräftigten die Bedeutung, die sie dem Status und der Rolle Brasiliens, Indiens und Südafrikas in internationalen Angelegenheiten beimessen, und unterstützten deren Bestreben, eine größere Rolle in der UNO zu spielen.
5. Die Minister bekräftigten, wie wichtig es ist, dass die **G20** weiterhin die Rolle des wichtigsten multilateralen Forums im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit spielt, das sowohl Industrie- als auch Entwicklungsländer umfasst und in dem die großen Volkswirtschaften **gemeinsam nach Lösungen für globale Herausforderungen suchen**. Sie freuten sich auf die erfolgreiche

Ausrichtung des 18. G20-Gipfels unter dem indischen G20-Vorsitz. Sie stellten fest, dass Indien, Brasilien und Südafrika, die von 2023 bis 2025 den G20-Vorsitz innehaben werden, die Möglichkeit haben, eine nachhaltige Dynamik für den Wandel zu schaffen, und sprachen sich für Kontinuität und Zusammenarbeit in ihren G20-Vorsitzländern aus, denen sie viel Erfolg bei ihren Bemühungen wünschen.

6. Die Minister riefen dazu auf, die **Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung** in ihren drei Dimensionen – Wirtschaft, Soziales und Umwelt – in ausgewogener und integrierter Weise umzusetzen, indem die für die Umsetzung der Agenda 2030 erforderlichen Mittel mobilisiert werden. Sie betonten in diesem Zusammenhang, dass der im September 2023 in New York stattfindende Gipfel zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) eine einzigartige Gelegenheit darstellt, das internationale Engagement für die Umsetzung der Agenda 2030 zu erneuern.

7. Die Minister erkannten die **Auswirkungen einseitiger völkerrechtswidriger Vorgehensweisen** auf die Weltwirtschaft an und stellten fest, dass die Situation durch einseitige wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen wie Sanktionen, Boykotte, Embargos und Blockaden weiter erschwert wird.

8. Die Minister sprachen sich für ein freies, offenes, transparentes, faires, vorhersehbares, integratives, gerechtes, nicht diskriminierendes und auf Regeln basierendes **multilaterales Handelssystem** aus, dessen Kernstück die Welthandelsorganisation (WTO) ist und das eine besondere und differenzierte Behandlung der Entwicklungsländer, einschließlich der am wenigsten entwickelten Länder, vorsieht. Sie betonten, dass sie sich dafür einsetzen, dass auf der 13. Ministerkonferenz (MC13) positive und sinnvolle Ergebnisse erzielt werden. Sie verpflichteten sich zum konstruktiven Einsatz für die notwendige WTO-Reform, um der MC13 konkrete Ergebnisse vorlegen zu können. Sie forderten die Wiederherstellung eines vollständig und gut funktionierenden Streitbeilegungssystems, das allen Mitgliedern bis 2024 zugänglich ist, und die unverzügliche Auswahl neuer Mitglieder des Berufungsgremiums. Sie verurteilten einseitige protektionistische Maßnahmen unter dem Vorwand von Umweltbelangen wie einseitige und diskriminierende Mechanismen zur Anpassung der Kohlenstoffgrenzen, Steuern und andere Maßnahmen.

9. Sie sprachen sich für ein robustes **globales Finanzsicherheitsnetz** aus, in dessen Zentrum ein quotenbasierter und angemessen ausgestatteter Internationaler Währungsfonds (IWF) steht. Sie riefen dazu auf, den Prozess der **IWF-Governance-Reform** im Rahmen der 16. allgemeinen Quotenüberprüfung fortzusetzen, einschließlich einer neuen Quotenformel als Richtschnur, die bis zum 15. Dezember 2023 abgeschlossen sein soll.

10. Die Minister beglückwünschten Dilma Rousseff, die ehemalige Präsidentin der Föderativen Republik Brasilien, zur Präsidentschaft in der **Neuen Entwicklungsbank** (NDB) und zeigten sich zuversichtlich, dass sie zur Stärkung der NDB bei der effektiven Erfüllung ihres Mandats beitragen wird. Sie ermutigten die NDB, dem Grundsatz der Mitglieder- und Nachfrageorientierung zu folgen, Finanzmittel aus verschiedenen Quellen zu mobilisieren, Innovation und Wissensaustausch zu fördern, die Mitgliedsländer bei der Verwirklichung der SDGs zu unterstützen und die Effizienz und Effektivität weiter zu verbessern, um ihr Mandat zu erfüllen, mit dem Ziel, eine führende multilaterale Entwicklungsinstitution zu werden.

11. Die Minister betonten die Bedeutung der **finanziellen Eingliederung**, damit die Bürger von Wirtschaftswachstum und Wohlstand profitieren können, und begrüßten die vielen neuen techno-

logischen Instrumente für die finanzielle Eingliederung, die in den BRICS-Ländern entwickelt wurden und die dazu beitragen können, die volle Beteiligung der Bürger an der formellen Wirtschaft zu gewährleisten.

12. Die Minister betonten, wie wichtig es ist, die **Verwendung lokaler Währungen** im internationalen Handel und bei Finanztransaktionen zwischen den BRICS-Staaten und ihren Handelspartnern zu fördern.

13. Die Minister betonten, dass die **Gewährleistung der Energiesicherheit** eine entscheidende Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung, die soziale Stabilität, die nationale Sicherheit und das Wohlergehen aller Nationen weltweit ist. Sie forderten belastbare globale Versorgungsketten und eine vorhersehbare, stabile Energienachfrage, um den allgemeinen Zugang zu erschwinglichen, zuverlässigen, nachhaltigen und modernen Energiequellen zu gewährleisten. Sie betonten auch, wie wichtig es ist, die Energiesicherheit und Marktstabilität durch die **Stärkung von Wertschöpfungsketten**, die Förderung offener, transparenter und wettbewerbsfähiger Märkte und die Gewährleistung des Schutzes kritischer Energieinfrastrukturen zu verbessern. Sie verurteilten nachdrücklich alle terroristischen Angriffe auf kritische Infrastrukturen, einschließlich kritischer Energieanlagen, und auf andere gefährdete Ziele.

14. Die Minister bekräftigten, dass die Ziele, Grundsätze und Bestimmungen des Rahmenabkommens der Vereinten Nationen über **Klimawandel** (UNFCCC) und des Pariser Abkommens, insbesondere die Grundsätze der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung und der jeweiligen Fähigkeiten (CBDR-RC) im Lichte der unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten, eingehalten werden müssen. Sie bekräftigten ihre nationalen und gemeinsamen Anstrengungen zur Förderung der Umsetzung des Pariser Abkommens. In diesem Zusammenhang betonten sie, wie wichtig es ist, dass die Industrieländer ihren Verpflichtungen zur Bereitstellung von Technologie und angemessener, vorhersehbarer, rechtzeitiger, neuer und zusätzlicher Klimafinanzierung nachkommen, die längst überfällig ist, um die Entwicklungsländer bei der Bewältigung des Klimawandels zu unterstützen. Sie äußerten sich besorgt darüber, dass das Ziel der Industrieländer, gemeinsam bis 2020 und jährlich bis 2025 100 Mrd. USD zu mobilisieren, nicht erreicht wurde, und **forderten die Industrieländer auf, ihren Verpflichtungen nachzukommen**. Sie wiesen Versuche zurück, die Sicherheit mit der Klimawandel-Agenda zu verknüpfen, und erinnerten daran, dass das UNFCCC, einschließlich der jährlichen Tagungen der Konferenz der Vertragsparteien (COP), das geeignete und legitime internationale Forum ist, um die Frage des Klimawandels in all seinen Dimensionen zu diskutieren.

15. Die Minister betonten ihre Entschlossenheit, zu einer erfolgreichen COP28 in Dubai im Laufe dieses Jahres beizutragen, wobei der Schwerpunkt auf der Umsetzung liegt. Als wichtigster Mechanismus zur Förderung der Umsetzung und der Klimaschutzmaßnahmen zu allen Aspekten des Pariser Abkommens im Rahmen des UNFCCC muss die globale Bestandsaufnahme bei der Bewertung und Ermittlung von Umsetzungslücken in Bezug auf die globale Reaktion auf den Klimawandel wirksam sein und gleichzeitig die Grundlagen für einen verstärkten Ehrgeiz aller, insbesondere der Industrieländer, und für die Schließung offener Lücken bei den Umsetzungsmitteln für Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern schaffen.

16. Die Minister begrüßten die Kandidatur Brasiliens für die Ausrichtung der COP30, da das Jahr 2025 für die Zukunft der globalen Reaktion auf den Klimawandel von entscheidender Bedeutung sein wird.

17. Die Minister erkannten an, wie wichtig die Einbeziehung von Frauen in Friedensprozesse ist, einschließlich der Konfliktverhütung und -beilegung, der Friedenskonsolidierung, des Wiederaufbaus und der Entwicklung nach Konflikten sowie der Erhaltung des Friedens.

18. Die Minister erinnerten an ihre nationalen **Standpunkte zur Lage der Ukraine**, die sie in den entsprechenden Gremien, einschließlich des UN-Sicherheitsrats und der UN-Generalversammlung, zum Ausdruck gebracht haben. Sie nahmen mit Genugtuung die entsprechenden Vorschläge für Vermittlung und gute Dienste zur Kenntnis, die auf eine friedliche Lösung des Konflikts durch Dialog und Diplomatie abzielen. Sie riefen dazu auf, sowohl die Schwarzmeer-Getreide-Initiative als auch die Vereinbarung zwischen der Russischen Föderation und dem Sekretariat der Vereinten Nationen über die Förderung des Absatzes russischer Nahrungsmittel und Düngemittel auf den Weltmärkten vollständig und wirksam umzusetzen, und betonten, wie wichtig es ist, dass Getreide und Düngemittel auch weiterhin die Bedürftigsten erreichen können.

19. Die Minister brachten ihre ernste Besorgnis über die anhaltenden **Konflikte in der Region des Nahen Ostens und Nordafrikas (MENA)** zum Ausdruck und billigten die gemeinsame Erklärung der stellvertretenden Außenminister und Sonderbeauftragten der BRICS-Staaten auf ihrer Tagung vom 26. April 2023.

20. Die Minister begrüßten die Wiederaufnahme der Arabischen Republik **Syrien** in die Liga der Arabischen Staaten am 7. Mai 2023 und bekräftigten ihre Unterstützung für alle Bemühungen um eine politische und verhandelte Lösung, die die Souveränität und territoriale Integrität Syriens respektiert.

21. Die Minister äußerten sich besorgt über den Ausbruch der Gewalt im **Sudan**. Sie riefen zur sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten auf und forderten den ungehinderten Zugang der sudanesischen Bevölkerung zu humanitärer Hilfe. Sie begrüßten die Bemühungen der Afrikanischen Union, der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung, der Liga der Arabischen Staaten, der Vereinten Nationen und ihres Sicherheitsrates bei der Suche nach Lösungen für die anhaltende Krise. Sie begrüßten ferner die Unterstützung verschiedener Länder, internationaler Organisationen und Agenturen bei der Evakuierung ausländischer Staatsbürger aus dem Sudan.

22. Die Minister verurteilten nachdrücklich den **Terrorismus** in all seinen Formen und Ausprägungen, wann, wo und von wem auch immer er begangen wird. Sie erkannten die Bedrohung an, die vom Terrorismus, vom Extremismus, der dem Terrorismus Vorschub leistet, und von der Radikalisierung ausgeht. Sie sind entschlossen, den Terrorismus in all seinen Formen und Ausprägungen zu bekämpfen, einschließlich der grenzüberschreitenden Bewegung von Terroristen sowie der Netzwerke zur Finanzierung des Terrorismus und der sicheren Zufluchtsorte. Sie bekräftigten, dass Terrorismus nicht mit irgendeiner Religion, Nationalität, Zivilisation oder ethnischen Gruppe in Verbindung gebracht werden darf. Sie bekräftigten ihre unerschütterliche Entschlossenheit, auf der Grundlage der Achtung des Völkerrechts, insbesondere der Charta der Vereinten Nationen, und der Menschenrechte weiter zu den weltweiten Bemühungen zur Verhütung und Bekämpfung der terroristischen Bedrohung beizutragen, und betonten, dass die Hauptverantwortung für die Bekämpfung

des Terrorismus bei den Staaten liegt und die Vereinten Nationen in diesem Bereich weiterhin eine zentrale und koordinierende Rolle spielen.

Sie betonten auch die Notwendigkeit eines umfassenden Ansatzes der gesamten internationalen Gemeinschaft, um die terroristischen Aktivitäten, die eine ernsthafte Bedrohung darstellen, wirksam einzudämmen, auch in der gegenwärtigen Pandemie-Situation. Die Minister lehnten eine Doppelmoral bei der Bekämpfung des Terrorismus und des dem Terrorismus förderlichen Extremismus ab. Die Minister riefen dazu auf, das umfassende Übereinkommen über den internationalen Terrorismus im Rahmen der Vereinten Nationen zügig fertig zu stellen und zu verabschieden und auf der Abrüstungskonferenz multilaterale Verhandlungen über ein internationales Übereinkommen zur **Bekämpfung chemischer und biologischer Terroranschläge** aufzunehmen. Sie begrüßten die Aktivitäten der BRICS-Arbeitsgruppe zur Terrorismusbekämpfung und ihrer fünf Untergruppen auf der Grundlage der BRICS-Strategie zur Terrorismusbekämpfung und des BRICS-Aktionsplans zur Terrorismusbekämpfung. Wir freuen uns auch auf eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung.

23. Sie brachten zum Ausdruck, dass die Mechanismen umfassend gestärkt werden müssen, um der zunehmenden Nutzung neuer und sich weiterentwickelnder Technologien wie unbemannter Luftfahrtsysteme, des Internets und anderer Informations- und Kommunikationstechnologien, einschließlich sozialer Medienplattformen, durch Terroristen und ihre Unterstützer in einer globalisierten Gesellschaft für terroristische Zwecke, z. B. für die Anwerbung und Aufforderung zur Begehung terroristischer Handlungen, sowie für die Finanzierung, Planung und Vorbereitung ihrer Aktivitäten, entgegenzuwirken.

24. Die Minister riefen dazu auf, das **System der Rüstungskontrolle**, Abrüstung und Nichtverbreitung, einschließlich des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen (BWÜ) und des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen (CWÜ), zu stärken und ihre Integrität und Wirksamkeit zu wahren, um die globale Stabilität und den internationalen Frieden und die Sicherheit zu wahren. Sie betonten, dass das BWÜ eingehalten und gestärkt werden muss, u.a. durch die Annahme eines rechtsverbindlichen Protokolls zum Übereinkommen, das u.a. einen wirksamen Verifikationsmechanismus vorsieht.

Die Minister bekräftigten ihre Unterstützung für die Sicherstellung der langfristigen Nachhaltigkeit von **Weltraumaktivitäten** und die Verhinderung eines Rüstungswettlaufs im Weltraum (PAROS) und seiner Umwandlung zur Waffe, auch durch Verhandlungen zur Verabschiedung eines einschlägigen rechtsverbindlichen multilateralen Instruments. Sie erkannten den Wert des aktualisierten Vertragsentwurfs über die Verhütung der Stationierung von Waffen im Weltraum und der Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen Weltraumobjekte (PPWT) an, der der Abrüstungskonferenz im Jahr 2014 vorgelegt wurde. Sie betonten, dass praktische Transparenz- und vertrauensbildende Maßnahmen (TCBMs) ebenfalls zu PAROS beitragen können.

25. Die Minister betonten zwar das enorme Potenzial der IKT (**Informations- und Kommunikationstechnologie**) für Wachstum und Entwicklung, erkannten aber auch die damit verbundenen neuen Möglichkeiten für kriminelle Aktivitäten und Bedrohungen an und äußerten sich besorgt über den zunehmenden Umfang und die Komplexität des kriminellen Missbrauchs der IKT. Sie begrüß-

ten die laufenden Arbeiten des Ad-hoc-Ausschusses zur Ausarbeitung eines umfassenden internationalen Übereinkommens über die Bekämpfung des Einsatzes von IKT zu kriminellen Zwecken und bekräftigten ihre Entschlossenheit, bei der rechtzeitigen Umsetzung des von der Resolution 75/282 der UN-Generalversammlung angenommenen Mandats mitzuwirken.

26. Im Einklang mit Absatz 57 der Erklärung von Peking betonten die Minister die verantwortungsvolle und ethische **Entwicklung und Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI)** für die sozioökonomische Entwicklung und das integrative Wachstum aller Gesellschaften. Sie unterstützten die Kommunikation und Zusammenarbeit im Bereich der KI-Technologie zur Förderung des beiderseitigen Nutzens, forderten eine Stärkung der internationalen KI-Governance und ermutigten zum politischen Austausch und Dialog über KI, um die Schaffung eines wirksamen globalen Steuerungsrahmens mit dem Ziel des Schutzes der Menschenrechte und der Förderung von Innovation und Wirtschaftswachstum zu prüfen.

27. Die Minister bekräftigten die Notwendigkeit, dass alle Länder bei der Förderung und dem Schutz der **Menschenrechte und Grundfreiheiten** nach den Grundsätzen der Gleichheit und der gegenseitigen Achtung zusammenarbeiten. Sie kamen überein, alle Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf Entwicklung, weiterhin fair und gleichberechtigt, auf gleicher Grundlage und mit dem gleichen Nachdruck zu behandeln. Sie kamen überein, die Zusammenarbeit in Fragen von gemeinsamem Interesse sowohl innerhalb der BRICS-Staaten als auch in multilateralen Gremien wie der Generalversammlung der Vereinten Nationen und dem Menschenrechtsrat zu verstärken und dabei der Notwendigkeit Rechnung zu tragen, die Menschenrechte auf nicht selektive, nicht politisierte und konstruktive Weise und ohne doppelte Standards zu fördern, zu schützen und zu verwirklichen.

28. Die Minister nahmen den internen Bericht des Vorsitzes über die institutionelle Entwicklung der BRICS gemäß den Absätzen 71 bis 73 der Erklärung von Peking zur Kenntnis.

29. Die Minister begrüßten das Treffen der Freunde der BRICS-Außenminister am 2. Juni 2023.

30. Die Minister brachten ihre volle Unterstützung für den BRICS-Vorsitz Südafrikas im Jahr 2023 unter dem Thema „BRICS und Afrika: Partnerschaft für wechselseitiges beschleunigtes Wachstum, nachhaltige Entwicklung und integrativen Multilateralismus“. Sie bekundeten ihre Entschlossenheit, gemeinsam für den Erfolg des XV. BRICS-Gipfels zu sorgen. Die Minister freuten sich auf das nächste Treffen der BRICS-Minister für auswärtige Angelegenheiten und internationale Beziehungen, das am Rande der UNGA78 (78. UN-Vollversammlung am 5. September 2023) stattfinden und von der Russischen Föderation als künftigem BRICS-Vorsitzenden im Jahr 2024 ausgerichtet werden soll.